

ARBEITER NEWS

Solidaritätsgruppe mit den iranischen ArbeiterInnen-Deutschland



aus dem Iran



Sattar Beheshti einer der bekanntesten Iranischen Blogger und Arbeiteraktivisten ermordet

Folgend ein Nachruf:

Freitag 9. November 2012, 17:58

Jaafar Pooyeh

Vergeblich haben die Folterer und Bediensteten des despotischen Regimes, die sich als Stellvertreter Gottes auf Erden halten, versucht Sattar Beheshti durch schwere Misshandlungen und Folter von seinen Ansichten abzuhalten. Die Folter endete für den gefangen gehaltenen Arbeiter tödlich. Trotz der Bemühungen der Sicherheitsbehörden des Regimes, die bereits die Familie von Beheshti zum Schweigen gezwungen hatten, verbreitete sich seine Todesnachricht blitzschnell auf der Welt und löste eine Welle von Abscheu und Abneigung gegen das Regime aus. Sattar Beheshti, ein sozialaktiver Arbeiter und Weblogger, wurde durch die Folter der Sicherheitsbeamten des „Welayat Faghieh“ Regimes ermordet.

Nach Angaben verschiedener Nachrichtenquellen, haben die Beamten in Zivilkleidung am Dienstag den 9. Aban (30. Oktober 2012), das Haus von Sattar Beheshti in „Robat Karim“ (Süddeheran) gestürmt und ihn ohne jegliche richterliche Vorlage zu einem unbekanntem Ort verschleppt. Dabei haben sie seinen Rechner und sein Handy mitgenommen. Die Nachfrage der Familie

nach dem Verbleiben von Sattar bleibt erfolglos. Am vergangenen Mittwoch benachrichtigen die Beamten der Sicherheitsbehörde den Schwager über den Tod von Sattar Beheshti.

Die Schwester von Sattar Beheshti, dessen Ehemann von den Sicherheitsbeamten aufgerufen wurde sagt: „Erst fragten sie meinen Mann, ob Sattar krank war? Mein Mann antwortete, dass Sattar keineswegs krank war. Dann haben sie gesagt, dass Sattar tot ist. Mein Mann solle der Schwester und Mutter von Sattar bescheid geben. Als mein Mann nach den Bestattungformalitäten fragte, teilten sie ihm mit, dass sie morgen unsere Fahrt zur Leichenhalle in Kahrizak organisieren werden, damit wir den Leichnam mitnehmen können. Als mein Mann nach der Todesursache, und den Grund der Festnahme fragte, legte man ihm Handschellen an, brachte ihn in einen anderen Raum und schlug ihm heftig ins Gesicht: „Halts Maul! Hier stellen nur wir die Fragen!““, sagte man ihm

Die Verbrecher und Bediensteten des Velayat Faghieh Regimes, haben einen jungen Arbeiter wegen seines Strebens nach Freiheit festgenommen und gefoltert, und die Antwort auf Fragen seiner Familie haben sie mit Schlägen und Gewalt gegeben. Der politische Gefangene Sattar Beheshti wurde am 10. Aban (31. Oktober 2012), in das Evin Gefängnis gebracht. Laut Aussagen von Gefangenen im Evin Gefängnis, wurde Sattar Beheshti an einem Abend in deren Zelle überwiesen. Sein Körper war von blauen Felcken bedeckt, an seinem ganzen Körper waren Prellungen zu sehen.

Die Spuren der Folter waren für jeden sichtbar. Sein Gesicht war blass, alle konnten sich vorstellen was ihm angetan worden war. Beim Gehen, sogar beim sitzen musste er vor Schmerz schreien. Den Gefangenen hatte er erzählt, dass seine Peiniger ihm das Leben nehmen werden.

Er war nur 20 Stunden im Evin Gefängnis.

Danach hat man ihn zu einem unbekanntem Ort gebracht.

Laut weiteren Angaben, wurde Sattar Beheshti durch die Beamten der „Fata“ (Polizei für Internet) festgenommen.

Diese militärische Institution wurde durch Ismael Ahmadi Moghadam gegründet und befolgt die Aufgabe der Kontrolle des Internets. Sattar Beheshti führte ein Weblog wo er kritische Äußerungen machte. In seiner letzten Veröffentlichung schreibt er über die Drohungen des Regimes: „Wir sind bereit für den Kampf! Entweder werden wir von dem Gefängnis des Körpers befreit oder wir werden die Gitter Eures mit Gewalt erhaltenes Gefängnis zerbrechen!“

Diese Aussage führt dazu, dass die Peiniger in sein Haus stürmen und ihn festnahmen.

Die Mutter von Sattar Beheshti, die sehr über den Tod ihres Sohnes mitgenommen war sagte: Der einzige Fehler meines Sohnes war, dass er über das Leid der Menschen und der Gesellschaft schrieb, vom Leiden der Arbeiter und die existenzielle Armut der Gesellschaft. Mein Sohn war ein Arbeiter und kannte die Lasten eines Arbeiters. Er war der Ernährer der Familie und meine Stütze. [...] Nun teile ich das Leid anderer Mütter deren Kinder man ermordet hat. Deren Leid ist auch mein Leid.

Somit hat sich das Regime vergeblich hinterhältig bemüht seine Untat zu verschleiern und die Familie zum Schweigen zu zwingen. Die Courage der Schwester von Sattar Beheshti ist vorbildlich. Deutlich und voller Stolz teilte sie dem ausländischen Nachrichtendienst mit: „Mein Bruder war Arbeiter, er hatte

die mittlere Reife, er hatte keinen universitären Abschluss, trotzdem erkannte er das Leiden der Gesellschaft und leidete auch selber darunter. Er war erschöpft von dieser Last, als wenn er den Doktorgrad im Leiden erlangt hätte, den Master der Qualls, und den Bachelor der Freiheit. Stolz verkündete ich, dass mein Bruder Sattar Beheshti ist! [...]

So wie er es zuvor angekündigt hatte, hat er den Käfig der Gewalt mit seinem Leib und Leben zerbrochen, er verdient Hochachtung.

Velayat Faghieh, stützt sich auf die schiitische Weltanschauung.

Klahrizak ist ein berüchtigtes Gefängnis in der gleichnamigen Kleinstadt

Kurznachrichten



Zwei Arbeiteraktivisten stehen erneut vor Gericht!

Scharif Saedpanah und Mozafar Salehnia, zwei Vorstandmitglieder der Iranischen Freien Arbeiter Union, die im Januar 2010 verhaftet und nach 14 Tagen ohne ein Gerichtsurteil frei gelassen wurden, sind

wieder zu dem islamischen Gericht No.1 in .Sanandaj vorgeladen worden
Die Festnahme bei der Aktivisten erfolgte nur, um andere Arbeiteraktivisten einzuschüchtern. Scharif Saedpanah war Jahre lang Arbeitervertreter einer Weberei Fabrik und gehört zu den charismatischen Arbeiteraktivisten in Sanandaj. Mozafar Salehnia, wurde vor zwei Jahren wegen seiner politischen Einsichten von dem Schuldienst entlassen. Als er im Januar einem Obdachlosen half und sich gleichzeitig in der Öffentlichkeit über die sozialen Missstände im Land beschwerte, wurde erneut zum Gericht vorgeladen.

Mitarbeiter der Stadtbahn in Ahwaz 378 verloren ihren Job!

Die Baufirma Kisoon, die im Auftrag der Stadt Ahwaz, eine der reichsten Regionen im Nahen Osten ist, baut zur Zeit an einer Stadtbahn Projekt. Aufgrund finanzieller Schwierigkeiten hat die Firma 378 ihrer Mitarbeiter, die als Ingenieure, Techniker und auch als ungelernete Arbeiter unter Vertrag standen, entlassen. Sie sind schriftlich eingeladen worden sich mit bei der Personalabteilung zu melden. Sie bekommen zuerst zwei nur Monate Lohn und müssen bis die Firma wieder zahlungsfähig wird, auf weiter ihre Lohnforderungen warten. Wann die wirtschaftliche Lage der Firma sich verbessert ist unklar. In dieser Baufirma sind noch 1000 weitere Mitarbeiter beschäftigt, die auch um ihre Arbeitsstellen und um ihre Zukunft bangen.

20000 Arbeiter fordern eine angemessene Lohn!

Parwin Mohamadi, eine Mitgliederin der Iranische freien Arbeiterunion, sagt in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur IINa , dass 20000 Arbeiter im Rahmen einer

Protestkampagne, in einem Schreiben an das Arbeitsministerium, eine angemessene Anpassung der realen Löhne an der tatsächlichen Inflationsrate im Land angefordert haben. Sie organisierten eine Unterschriftenaktion , die in diesem Jahr schon zweimal an das Arbeitsministerium geschickt wurden ist. Sie werden ihre Aktion fortsetzten und falls das Arbeitsministerium weiterhin über ihre Anliegen schweigt, werden sie in einer zweiten Aktion 10000 weitere Unterschriften an den Arbeitsminister schicken, teilte eine andere Aktivistin dieses Kampagne.



15% mehr Kinderarbeit im Iran

Der Vorsitzende der Wohlfahrt und sozialen Stadtorganisationen in Teheran teilte in einem Interview den Pressen mit, dass eine Zunahme der Zahl der Straßenkinder und der Kinderarbeit im Großraum Teheran zu beobachten ist. Diese Zahl ist im Vergleich zu letztem Jahr um 15% gestiegen. Die Straßenkinder, meist im Alter zwischen 5 bis 17 Jahre, sind aufgrund der miserablen wirtschaftliche Lage des Landes gezwungen die Schule zu verlassen und ihre Familien bei Geldverdiene zu helfen. 30 % der Kinder, die von den städtischen Hilfsinstitutionen aufgenommen werden, landen wieder auf der Straße. Aufgrund der miserablen ökonomischen Lage im Iran, das Phänomen Kinderarbeit, das in den letzten Jahren zunimmt, symbolisiert die sozialen Gegensätze im Land. Viele armen Familien sind gezwungen ihre Kinder aus der Schule raus zunehmen und stattdessen zur Arbeit zu schicken. Damit wird

wenigsten die Existenz der Familie zum Teil gesichert.

Iranische freien Arbeiterunion (Eine Regierungsunabhängige und halb legale Arbeiter Org)
Donnerstag 11.Aban 1391 (1. November 2012)

Erneuter Streik unter den Arbeitern des Verbundwirtschaft Petrochemie in „Bandar Imam“

Anfang vergangener Woche erfolgten erneute Streiks der Leiharbeiter und Stammebelegschaft der Petrochemie in Bandar Abbas gegen die Missachtung und Nichteinhaltung der Versprechungen der Petrochemie-Leitung und der beteiligten mafiösen Werksunternehmer. Die Arbeiter fordern eine direkte Vertragsschließung und die Auszug der Werksunternehmer. Nach den neusten Angaben haben die Arbeiter des Werksunternehmers Kimia am Samstag den 26. Oktober mit dem Streik begonnen, daraufhin schlossen sich am Dienstag Arbeiter des Werksunternehmers „Faravarsch“ und ein Teil der Arbeiter des Unternehmers „Besparan“ dem Streik an. Der Auftritt des Direktors von „Faravasch“ am Dienstag und seine Bemühungen die Arbeiter zu Überreden den Streik aufzugeben, blieb erfolglos. Die Arbeiter verlangen weiterhin die Befolgung ihrer Anliegen und den Ausschluss der Werksunternehmer. Zuvor war es einer Vielzahl von Arbeitern der Verbundwirtschaft Petrochemie in Bandar Imam und Mahschahr, nach 18 monatigem Streik, im August gelungen, die Arbeitsbedingungen der Arbeiter zu verbessern und ihre Ziele durchzusetzen wonach die Werksunternehmer ausgeschlossen und ein direkter Vertrag

mit den Arbeitern geschlossen werden sollte. Obwohl bereits vier Monate seit dem Datum vergangen sind, sind bis jetzt nur 30% der Arbeiter durch einen direkten Vertrag eingebunden. Die Petrochemieleitung und die Werksunternehmer haben die restlichen Arbeiter unberücksichtigt gelassen. Die Arbeiter haben eine Frist gesetzt, soweit ihr Anliegen bis zum Ende der kommenden Feiertage unberücksichtigt bleibt, werden einheitliche Großkundgebungen und Streiks vor dem Hauptsitz der Petrochemiedirektion von Bandar Imam erfolgen.

.....

.....

Iranische freie Arbeiterunion 10. Aban 1391 (31. Oktober 2012)

Schandhafte Sklaverei!

Missachtung der prekären Arbeitssituation der Arbeiter der Verbundwirtschaft Petrochemie in Bandar Imam und die rücksichtslose Reaktion der Petrochemieverwaltung und der Werksunternehmer mit den betroffenen Arbeitern! Nach 18 monatigem Streik gelang es den Arbeitern der Petrochemie Verbundwirtschaft in Bandar Imam und Mahschahr endlich ihr Anliegen über die direkte Arbeitsvertragschließung durchzusetzen. Jedoch erhielten nach knapp vier Monaten nur 30% der Arbeiter eine Bewilligung. Die Arbeitssituation von Arbeitern, die weniger als acht Jahre tätig sind, ist weiterhin unklar, obwohl deren Antrag bereits an das zuständige Ministerium für Erdöl nachgereicht wurde. Laut Aussagen der Arbeiter, haben die Leitung der Petrochemie und die mafiösen Werksunternehmer erheblichen Einfluss auf den langsamen Vorgang des Prozesses. Angeblich bezweckt die Petrochemieleitung die Verlängerung des

Prozesses bis zur Beendigung der Periode der jetzigen zehnten Regierung.

Somit wird die Aufhebung der Erklärung des Ministeriums, wonach ein direkter Arbeitsvertrag mit den Arbeitern zu schließen ist und die Werksunternehmer ausgeschlossen werden, bezweckt.

Man hoffe, dass nach Ablauf der Regierungszeit der jetzigen Regierung, die Situation sich zurücksetzen werde. Aus diesem Grund ist die Petrochemie Führung bemüht den Prozess aufzuschieben.

Hinsichtlich der Situation der bereits bewilligten Arbeiter, versucht die Petrochemie Führung weiterhin die Position der Werksunternehmer zu stärken. Dafür wurden folgende Arbeitsweisungen für die bewilligten Arbeiter eingeführt:

1. Die schriftliche Aufforderung, zwei Zeitkarten und die Stempeluhr zu benutzen, wobei eine dieser Karten den Werksunternehmern gehört. Nach dieser Vorschrift, wird der Arbeiterlohn gemäß der Stempeluhr mit den Arbeitern berechnet.
2. Für eine Beurlaubung ist die Einwilligung des Werksunternehmers notwendig.
3. Arbeitsberichte erfolgen durch den Werksunternehmer. Bewilligte Vorarbeiter sind somit dem Werksunternehmer untergeordnet und haben diesem Bericht zu erstatten.
4. Auf der Webseite des Ministeriums für Erdöl, steht eine Liste von Arbeitern und deren Arbeitsverhältnis. Bis jetzt stehen die Daten der bereits bewilligten Arbeiter immer noch unter den Leiharbeitern der Werksunternehmer
5. Die bewilligten Arbeiter haben keinen Anspruch auf die Nutzung der vorhandenen Möglichkeiten vor Ort in der Petrochemie. Die Leitung hat dies bis zum Erhalt des Bewilligungsbescheids aller Arbeiter aufgeschoben. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es seit Mitte Schahrivar (Anfang September) keine weiteren Bewilligungsbescheide für die übrigen Arbeiter gab.

6. Die Petrochemie Leitung hat die Abrechnung der übrigen drei Monatslöhne der bewilligten Arbeiter mit den Werksunternehmern verhindert. Dieser Lohn bezieht sich auf die ersten drei Monate des Jahres. Die Petrochemieleitung lies die Beschäftigten über ihr Arbeitsverhältnis der vergangenen drei Monaten als unklar und verweigerte die Abrechnung.

Um das Problem präziser darzustellen: Beginn des bewilligten direkten Arbeitsvertrags war Anfang Farvardin dieses Jahres (22. März). Da die Arbeiter jedoch im Tir (Juli) den Bewilligungsbescheid erhielten, verweigert die Petrochemie den Lohn für die drei Monate zu zahlen.

Demnach verlangten die Arbeiter die Lohnauszahlung von den Werksunternehmern. Jedoch weigern sich die Werksunternehmer die Lohnkosten zu zahlen, da der bewilligte Direktvertrag der Arbeiter ab dem ersten Tag des laufenden Jahres begann. Somit wird deutlich dass die Leitung der Petrochemie und die Werksunternehmer gemeinsam Steine vor die Füße der Arbeiter werfen.

Das Nachspiel für die bewilligten Arbeiter und die absichtliche Minderung deren Löhne durch die Petrochemie:

1. Die meisten der bewilligten Arbeiter, hatten zuvor ihren Urlaubsanspruch ungenutzt gelassen.

Diese müssten eigentlich aufgerechnet werden. Die Petrochemie teilte den bewilligten Arbeitern mit, dass diese den Urlaubsanspruch zu nutzen haben, ansonsten würde dieser bis auf 9 Tage komplett gestrichen. Daraufhin haben die betroffenen Arbeiter den Urlaubsanspruch genutzt, jedoch erfolgte dabei eine Lohnkürzung. Dies führte zu etlichen Beschwerden. Die Petrochemie Leitung gab zur Antwort, dass da der Vertrag erst ab diesem Jahr besteht, den Arbeitern kein Urlaub zustünde. Daher wurden die Urlaubstage vom Lohn abgezogen.

Infolgedessen zogen die Werksunternehmer ebenfalls die

Urlaubstage vom Lohn der Arbeiter ab. Dies ereignete sich lediglich auf den betrügerischen Hinweis der Petrochemie hinsichtlich der Kürzung die angesparten Urlaubstage zu nutzen.

2. Die Leiharbeiter der Petrochemie hatten monatlich bis zu 120 Überstunden gemacht. Mit endgültigem Erhalt des Bewilligungsbescheids verkündete die Petrochemie den Arbeitern, dass diese weiterhin die monatlichen 120 Überstunden zu arbeiten haben. Dementsprechend haben die Arbeiter im Tir (Juli), weitere 120 Stunden zusätzlich gearbeitet. Bei der Lohnabrechnung wurde jedoch festgestellt, dass statt 120 Überstunden, lediglich nur 60 Überstunden berechnet wurden.

Auf die Beschwerden der betroffenen Arbeiter gab die Petrochemie zur Antwort, dass es sich um einen Sachfehler handele und sie dies zukünftig abrechnen werden. Im August wurden lediglich weitere 30 Überstunden bezahlt. Diesmal erfolgten weiteren Beschwerden. Die Petrochemie gab an, dass staatliche Unternehmen monatlich lediglich bis zu 30 Überstunden abrechnen und mehr Überstunden nicht gestattet sind.

Ein trickreicher Racheakt!
Fraglich ist jedoch, warum dann im Juli bereits 60 Überstunden berechnet wurden, obwohl angeblich staatliche Petrochemie Unternehmen monatlich lediglich bis zu 30 Überstunden berechnen.

3. Demzufolge haben die betroffenen bewilligten Arbeiter seit August monatlich nur bis zu 30 Überstunden gemacht, was deren Einkommen deutlich gekürzt hat. Diese Art von Racheakten werden die Arbeiter mit Wut beantworten!
Schande über diese Sklaverei! Es leben die nach Freiheit strebenden Arbeiter und Leiharbeiter der Werksunternehmer und der Petrochemie von Mahschahr.

Folgendes Bericht haben wir von Leser der Arbeiternews bekommen



Der Streik bei der Firma Neupack in Hamburg

Die 200 Beschäftigten der Firma Neupack in Hamburg haben seit 53 Jahren, dem Bestehen der Firma, keinen Tarifvertrag. Es ist ein Familienbetrieb mit vier Eigentümern. Solange alle Beschäftigten über Tarif bezahlt wurden, war das kein Problem. Nachdem viele von ihnen seit bis zu zehn Jahren keine Lohnerhöhung bekommen haben, für gleiche Arbeit unterschiedlich bezahlt werden, ihnen bei Krankheit Lohn abgezogen wird, sind sie mittels ihrer Gewerkschaft IG BCE für einen Tarifvertrag in den Streik getreten.

In der Firma werden Plastikartikel für Nahrungsmittel wie Yoghurt-Becher hergestellt und bedruckt. Die Arbeit wird meistens von angelegten Arbeiterinnen und Arbeitern gemacht. Die meisten Beschäftigten kommen aus der Türkei, Deutschland, den früheren GUS-Staaten und Polen. In früheren Jahren waren die KollegInnen wegen ihrer Herkunft und wegen ihrer Religion miteinander zerstritten. Jetzt haben sie sich geeint und die große Mehrheit ist in die IG BCE eingetreten. Das war die Voraussetzung für ihren Kampf.

Keiner der Angestellten streikt mit, sie werden auch heute noch, wie auch einige Arbeiter, über Tarif bezahlt.

Das deutsche Streikrecht ist so, daß nur Gewerkschaften streiken dürfen und zwar nur in tariflichen Angelegenheiten, nicht in politischen.

Die IG BCE erlaubt diesen Streik und zahlt ca. 80 Prozent Streikgeld für die streikenden Mitglieder. Dadurch ist es so, daß in Deutschland durch ihre gesetzliche Macht und ihre Geldmacht viel Einfluß auf Beschäftigte haben und andererseits ein Garant für Ruhe und Ordnung in den Betrieben sind. Die Beschäftigten haben sich in den letzten Jahrzehnten daran gewöhnt, in den Gewerkschaftsführungen ihre Stellvertreter zu haben.

Für die IG BCE ist es der erste Streik seit 1971. Während es für die Streikenden darum geht, die unwürdigen Arbeitsverhältnisse zu beseitigen und durch einen Haustarifvertrag 82 Prozent der Lohnhöhe zu erreichen, die KollegInnen in Betrieben mit Flächentarifvertrag haben, hat die IG BCE das Interesse, daß der Arbeitgeber "zur Sozialpartnerschaft zurückkehrt". Das haben die Funktionäre der Gewerkschaft mehrfach öffentlich erklärt. Diese unterschiedlichen Ansichten über den Streik haben bisher zwischen der Belegschaft und der IG BCE noch nicht zum Konflikt geführt.

Die Inhaber der Firma, die Familie Krüger, holten vier Tage nach Streikbeginn Leiharbeiter aus Polen zu Streikbrecherarbeiten. Das wurde vom Hamburger Arbeitsgericht abgesegnet. Während des Streiks haben die Betriebsräte, die meistens Gewerkschaftsmitglieder sind und bei "Normalbetrieb" einige minimale Mitbestimmungsrechte haben, keine Befugnisse mehr. Inzwischen wurden die StreikbrecherInnen aus Polen von der Firmenleitung befristet

eingestellt, auch da hat der Betriebsrat kein Mitbestimmungsrecht.

Den Streikenden wurde vom Arbeitsgericht auch untersagt, die Streikbrecher einige Zeit aufzuhalten und in Diskussionen zu verwickeln, was sie in den ersten vier Tagen erfolgreich taten. Arbeitskämpfe sind in Deutschland sehr verrechtlicht.

Die Firmenleitung hat mehrere Fehler gemacht, dadurch ist der Arbeitskampf in der Öffentlichkeit bekannt geworden. In Deutschland soll der Schein der Sozialpartnerschaft aufrecht erhalten werden, dagegen verstößt die Familie Krüger und wird zum Außenseiter. Sogar konservative Medien berichten kritisch über die Firma und CDU-Abgeordnete besuchen die Streikenden.

Ein Mitglied der Tarifkommission, Murat Günes, der auch Betriebsratsvorsitzender ist, sprach am 14. November auf einer Gewerkschaftskundgebung anläßlich des Generalstreiks in Südeuropa. Zu dieser Kundgebung waren nur 300 Menschen erschienen. Er berichtet über die Situation im Betrieb und verlas eine Solidaritätsbotschaft der italienischen Metallergewerkschaft an die Streikenden von Neupack.

Der Streik wird wesentlich getragen durch die türkischstämmigen KollegInnen und die aus den GUS-Staaten.

Vor dem Streikzelt sind täglich Veranstaltungen, informativer und kultureller Art. Es kommen etliche KollegInnen vorbei, die Solidaritätsbotschaften verlesen, so auch ein Kollege vom Solidaritätskomitee mit den iranischen ArbeiterInnen, der die Situation der iranischen Arbeiter benannte, denen eigene Gewerkschaften verboten sind - nur Staatsgewerkschaften sind erlaubt - und die wegen des Aufbaus unabhängiger gewerkschaftlicher Strukturen oft verhaftet und gefoltert werden.



Ein erfolgreicher Arbeitskampf für Arbeiter in Petrochemie Werke in Mahschahr!

Nach 18 Monaten entschlossenen Arbeitskampfes haben nun die Arbeiter der Petrochemie Werke in Mahschahr einen Etappensieg erreicht. In diesem Chemiekomplex arbeiteten bisher 1000 Arbeiter, Techniker und Ingenieure unter ungünstigeren Arbeitsbedingungen für Subunternehmen und Leiharbeitsfirmen, im Auftrag des Ölministerium. Vor zwei Jahren begann der Arbeitskampf für einen direkten Arbeitsvertrag mit dem staatlichen Ölministerium. Diese Forderung wurde wie erwartet zuerst von der Mutterfirma abgelehnt. Im März 2010 organisierten diese eine große Protestversammlung innerhalb des Firmengeländes. Darauf folgten zwei erfolgreiche Streiks im Februar und August 2011. Die Mehrheit der Beschäftigten beteiligten sich an diesem Arbeitskampf.

6000 Mitarbeiter, die der Subunternehmer beteiligten sich innerhalb des Ministeriums aktiv und schlossen sich dem Streik an. Sie haben den Arbeitgeber mit einem Generalstreik im Februar 2011 vorgewarnt. Um den Generalstreik zu verhindern, hat zuerst der Arbeitgeber nachgegeben. In Rücksprache mit dem Ministerium erklärte sich der Arbeitgeber einige Zugeständnisse zu machen und manche Forderungen der Arbeiter zu akzeptieren. Das Ministerium spielte nun mit der Zeit und schlug verschiedene Arbeitsmodelle vor, die vehement und kategorisch von der

Belegschaft abgelehnt wurden. Als der Tag des Generalstreiks nahte, hat das Ministerium in einem Eilbeschluss alle Beschäftigten, die länger als ein Jahr im Betrieb sind, einen direkten staatlichen Arbeitsvertrag angeboten. Von diesem neuen Gesetz profitieren mehr als 10000 Arbeiter, die bisher für die gleiche Arbeit wesentlich weniger verdienen und schlechtere Arbeitsbedingungen hatten. Die neuen Arbeitsverträge werden rückwirkend ab Juni 2010 geltend gemacht.

V.i.S.d.P.: Nosrat Taymoorzadeh

nosrat_taymo@yahoo.de